

EUROPÄISCHE UNION

# Die Verfassung der Nationen



Brauchen wir sie in Brüssel? Die Luxemburger CSV-Politikerin Viviane Reding ist Kommissarin für Bildung und Kultur. (Foto: EU)

**Wie europäisch ist die EU-Verfassung? Sowohl der Entwurf des Konvents wie auch die Diskussion darum zeigen: Die Nationen haben Vorrang.**

Als sich am Montag die Außenminister der Europäischen Union in Luxemburg trafen, stand schnell fest: Die strittigsten Punkte über eine europäische Verfassung können nicht aus der Welt geschafft werden. Auf die Hauptfragen: Wie viele Kommissare braucht die EU? Wer darf mitentscheiden? Wer soll an der Spitze der verfassten EU stehen? gibt es bislang keine mehrheitsfähigen Antworten. Und es scheint unwahrscheinlich, dass die Regierungskonferenz, die nun aufgerufen ist, das Werk des Konvents in eine verbindliche, rechtliche Form zu bringen, ihre Aufgabe bis zum Ende des Jahres erledigen wird.

Dabei war der 265-seitige Entwurf, den die 105 Konventsmitglieder aus 28 Nationen am 13. Juni vorgelegt hatten, von allen Seiten hoch gelobt worden. Im Konvent, wo erstmals in der europäischen Geschichte nationale und europäische Abgeordnete mit RegierungsvertreterInnen zusammen saßen, wurden vor allem zwei oft zitierte Defizite der Europäischen Union groß geschrieben: Demokratie und Transparenz. Dass nun so viele, fundamentale Änderungsanträge vorliegen, zeigt, wie viel die jeweiligen nationalen Regierungen davon halten. Denn im Konvent saßen sie mit am Tisch - mit den entscheidenden Korrekturen wollten sie jedoch offensichtlich lieber warten, bis der Entwurf zur Chefsache wurde. Eine Tatsache, die jeden aufrechten Demokraten des Konvents auf den Boden der Tatsachen zurückbringen dürfte.

Vor allem der Demokratiegewinn, den die Bürger und Bürge-

rinnen der EU durch diese Verfassung erringen können, war für viele ein Hauptargument dafür, dass aus der EU ein Staatenverbund mit eigener Verfassung wird. Insbesondere die Verankerung der Grundrechtecharta von 54 Artikeln im zweiten Teil der Verfassung, wurde als wichtige Errungenschaft für die Menschenrechte in der EU gewertet. Zweifellos wird es nicht von Nachteil sein, wenn sich künftig alle BürgerInnen der EU auf diese Charta beziehen können. Doch auch hier muss sich erst in der Praxis zeigen, wie verbindlich diese Grundrechte sind - und inwieweit diese Rechte etwa beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein werden.

## One man two votes

"Unsere Verfassung wird Demokratie genannt, weil die Macht nicht in den Händen einer Minderheit liegt, sondern bei der Mehrheit", steht in der Präambel des Verfassungsentwurfs. Das Zitat des griechischen Geschichtsschreibers Thukydides trifft jedoch auch die EU des 21. Jahrhunderts nur bedingt zu. Denn zumindest was das Europaparlament betrifft, wurde zahlenmäßig mit zweierlei Maß gemessen. Aus dem demokratischen Grundsatz "one man one vote" sei, so schreibt der deutsche Jurist Adrien Schimpf in spiegel-online, in der EU-Verfassung "one man two votes" geworden. Die Stimme eines deutschen EU-Abgeordneten stünde für 828.000 EinwohnerInnen, sein österreichischer Kollege repräsentiere dagegen nur 450.000 Menschen, so Schimpf, der deshalb den "doppelten Österreicher" als Demokratiedefizit in der EU-Verfassung aufführt. Nimmt man Luxemburg als Beispiel, fällt dieses Defizit noch viel größer aus: Hier stehen "nur" 66.667 Personen hinter einer Stimme - das Luxemburger Prinzip müsste nach der Schimpfchen Logik also "one man 12 votes" heißen. Ist nun die Stimmengewichtung der EU als zutiefst undemokratisch zu bezeichnen?

Adrien Schimpf kommt jedenfalls zu dem Schluss: "Die bundesdeutsche Stimme zählt am wenigsten in Europa." Eine Feststellung, die vielleicht in Bezug aufs Parlament rein rechnerisch zutrifft. Was die Praxis der europäischen Geschäfte angeht, scheint jedoch das Gegenteil eher zuzutreffen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört mit Sicherheit nicht zu den Staaten, die ihre Vorstellungen am wenigsten geltend machen können.

Doch sowohl im Verfassungsentwurf wie auch in den Diskussionen darum zeigt sich immer wieder: Die Kategorie der "Europäer" gibt es nicht - folglich ist auch eine Diskussion um europäische Demokratiedefizite nahezu obsolet. Fast alle Beteiligten diskutieren auf der Basis (zumeist ihres eigenen) nationalen Hintergrunds. Daran wird letztendlich auch der Grad der Demokratie gemessen.

Nach ähnlichem Muster läuft die Debatte über die Kommissionsbesetzung. Hier soll nun Schluss sein mit "one man one

vote". Der Konvent schlägt ein Rotationsverfahren von 15 KommissarInnen vor. Dabei würden vor allem die "Kleinen" den Kürzeren ziehen, beklagen nun die KritikerInnen. Die Frage, wieso es für ein Land überhaupt wichtig ist, einen Vertreter in der Kommission zu haben, wird in dieser Debatte erst gar nicht mehr gestellt. Dabei sind die Kommissare ausschließlich dazu da, Fachgebiete zu betreuen, und nicht nationale Interessen zu vertreten. Das zähe Ringen um einen Posten in der Kommission zeigt jedoch, dass dem wohl nicht so ist.

## Was ist europäisch?

Im Verfassungsentwurf (Artikel 33 Absatz 1) ist festgehalten, dass europäische Gesetze "auf Vorschlag der Kommission vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat gemeinsam erlassen" werden. Davon ausgenommen sind weiterhin die Außen- und Sicherheitspolitik. Auch hier kann man natürlich die Fortsetzung eines bereits bestehenden Ungleichgewichts der Kompetenzen zu Gunsten des Rates erkennen. Inwieweit dies als Demokratiedefizit bezeichnet werden kann, ist jedoch Ansichtssache. Im Gegensatz zum Parlament könne der Rat nicht durch Abwahl bestraft oder Wiederwahl belohnt werden, bemängelt etwa der Jurist Adrien Schimpf. Allerdings: Auch Minister und Staatschefs von Nationalstaaten werden von europäischen BürgerInnen gewählt.

Was nützen die Beschlüsse des Parlaments, wenn sie nachher im Rat wieder umgekippt werden? fragen beispielsweise UmweltschützerInnen. Doch die Annahme, das Europaparlament sei grundsätzlich sozialer, weniger umweltfeindlich oder auch kritischer in seinen Beschlüssen, trifft beileibe nicht immer die Realität der Straßburger Abstimmungen. Immerhin sitzen im Parlament VertreterInnen derselben Parteien wie in den Ministerräten: Christ- und SozialdemokratInnen, Liberale und Grüne. Wieso sollten sie sich grundsätzlich anders verhalten?

Dass sie sich in Straßburg zuweilen als größere Umweltfreunde, Feministinnen oder Verfechter der sozialen Gerechtigkeit aufspielen, hat auch viel damit zu tun, dass sie genau wissen, dass ihre Beschlüsse und Resolutionen ohnehin niemals in geltendes Recht umgesetzt werden. Welche Beschlüsse von einem mit mehr Rechten ausgestatteten Europaparlament zu erwarten sind, muss sich erst zeigen. Und auch in Straßburg geht es nicht unbedingt "europäischer" zu als in nationalen Parlamenten. Oft genug steht das populäre Bewahren der nationaler Besonderheiten im Vordergrund. Nicht nur, wenn es um das Recht auf Rohmilchkäse geht, kommt es vor, dass die Mitglieder einer politischen Familie nicht geschlossen abstimmen. Der Riss durch die Fraktionen verläuft dann nach nationalen Linien. Denn auch EU-Abgeordnete wissen, wo sie gewählt werden: zu Hause, das heißt im Heimatland. Brüssel und Straßburg erscheinen da in weiter Ferne.

Danièle Weber

## Deutsch-französisches Kern(kraft)europa

Die für das Kernkraftwerk Cattenom beantragten Emissionswerte entsprechen den Anforderungen der Strahlenschutzverordnung, stellt die bundesdeutsche Strahlenschutzkommission (SSK) in einer Stellungnahme vom 8. Oktober fest. Die beantragten Jahresgrenzwerte lägen im Rahmen der deutschen Genehmigungswerte. Immerhin - vor dem Hintergrund, dass die Mosel ein relativ kleiner "Vorfluter" sei - legt die SSK der Kraftwerksbetreiberin EDF nahe, das Reduzierungspotenzial für radioaktive Ableitungen im Sinne der Euratom-Verträge auszuschöpfen. Dagegen zeigt die Kommission viel Verständnis für die erhöhten Tritiumableitungen: Sie seien reaktorphysikalisch bedingt. Dass die Stellungnahme so glimpflich ausgefallen ist, führt Claude Turmes, Europaabgeordneter von "Déi Gréng" und scharfer Kritiker der Atomwirtschaft, darauf zurück, dass in Deutschland der Strahlenschutz weitgehend Ländersache sei. "Die SSK konnte für Cattenom keine Tritiumgrenzwerte fordern, die strenger wären als es in einigen Bundesländern der Fall ist." Darüber hinaus habe es während der Erarbeitung der Stellungnahme Kontakte auf höchster Regierungsebene gegeben. Der grüne Europaabgeordnete verweist auf den nicht veröffentlichten deutsch-französischen Wachstumsplan, der auf dem Regierungstreffen vom 18. September angenommen wurde. In diesem Text wird mehrfach angenommen, dass die Umweltpolitik nicht auf Kosten der Großunternehmen gehen dürfe. Claude Turmes sieht darin eine Art deutsch-französischen Nichtangriffspakt in Umweltfragen, der sich auch in der Stellungnahme der SSK niedergeschlagen habe.

## Findel: Hellblau prallt auf dunkelblau

Der "Plan d'occupation des sols" (POS) für das Areal Findel stößt auf heftigen Widerstand. So sprach sich der hauptstädtische Gemeinderat am vergangenen Montag einstimmig gegen den Plan aus. Der Bürgermeister Paul Helminger (DP) hatte sich in der Vergangenheit für einen City-Flughafen ausgesprochen und kritisierte auch diesmal die Ausbaupläne zugunsten des Frachtflugs. Außerdem befürchtet die Stadt Schadenersatzforderungen, wenn aufgrund des Fluglärms Bauland umklassiert werden müsste. Innenminister Michel Wolter (CSV), dessen Landesplanungsabteilung den Plan erarbeitet hat, fügte dem Schaden auch noch den Spott hinzu. Auf RTL warf er der Stadt vor, sie versuche, die Verantwortung für Umklassierungen auf den POS und damit auf die Regierung abzuwälzen. In der Frage des Frachtflugs verwies er den Bürgermeister an dessen DP-Kollegen und Transportminister Henri Grethen.

## Palästinensische Gäste

"Clôture de sécurité ou mur de l'apartheid?" heißt die Konferenz des "Komitees für einen gerechten Frieden im Nahen Osten", die am kommenden Mittwoch, den 22. Oktober, um 20 Uhr im Blauen Salon des Cercle Municipal stattfindet. Drei Palästinenser von der West-Bank werden über den israelischen Mauerbau, die besetzten Gebieten und die aktuelle Situation der palästinensischen Bevölkerung berichten.

## Semaine prochaine:

### Pavillon noir et marée blanche

Après chaque naufrage de pétrolier, la chasse aux responsables commence. En cause: les pavillons de complaisance, mais aussi les paradis bancaires comme le Luxembourg.

## woxx undercover

Dass die woxx als eine Kaderschmiede für gehobene Laufbahnen dient, ist nicht neu. Jetzt allerdings scheint uns ein wahrer Coup gelungen zu sein. Die Platzierung eines Undercover-woxx-Agenten auf wirklich hohem Posten. Wie gut uns die Tarnaktion gelungen ist, zeigen die aktuellen Presseberichte. In den Berichten über die neue Karriere von Person X (die hier aus verständlichen Gründen unbenannt bleiben soll) wird stets erwähnt, dass diese nun ihre Tätigkeit als Abgeordneter der Grünen aufgeben muss. Kein Wort darüber, dass X auch woxx-Redakteur ist.

Nun, auch wir haben von der Berufung zum Generalkoordinator eines wichtigen kulturellen Ereignisses nur aus der Presse erfahren. woxx-Geheimdienstler arbeiten gründlich. Die Frage ist, ob das nun ein schlechter Witz oder ein besonders gelungener Coup bleibt. Doch, sollen wir etwa einfach alles glauben, was in der Zeitung steht?

